

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Zeitweiligen  
Ausschusses zur Funktional-, Verwaltungs- und kommunalen  
Strukturreform am 24.10.2003**

***öffentlich***

---

**Ort:** Raum 334 des Ratshofes  
**Zeit:** 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Dr. Ulrike Wünscher CDU  
Herr Dieter Lehmann CDU  
Frau Dr. Annegret Bergner CDU  
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck PDS  
Herr Dr. Bodo Meerheim PDS  
Herr Tilo Biesecke SPD  
Herr Gottfried Koehn SPD  
Herr Mathias Weiland HAL  
Herr Ralf Borries Verw  
Herr Karsten Golnik  
Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler  
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Bernhard Bönisch CDU  
Herr Bernd Stemme UBF entschuldigt  
Herr Friedemann Scholze FDP entschuldigt  
Frau Silvia Jentsch

**Gäste**

Herr Prof. Dr. Siegfried Kiel	PDS	
Herr Dr. Marquardt		
Herr Jörg-Peter Borkowski		
Frau Monika Bettzieche		
Frau Dr. Ursula Wohlfeld		
Frau Rita Modler		
Herr Gert Hildebrand		
Herr Wolfgang Schmidt		

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Mittelfristige Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 (TN: Herr Hildebrand, Frau Modler, Herr Schmidt, Herr Prof. Kiel, Herr Bommersbach)  
Vorlage: III/2003/03419
5. Anfragen und Anregungen von Stadträten
6. Mitteilungen

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Frau Dr. Wünscher eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßt den Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Herrn Professor Dr. Kiel, und Herrn Schmidt als Verantwortlichen für die Schulentwicklungsplanung im Saalkreis.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird bestätigt.

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

Die Niederschrift der Sitzung vom 18. September 2003 wird genehmigt.

**zu 4 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 (TN: Herr Hildebrand, Frau Modler, Herr Schmidt, Herr Prof. Kiel, Herr Bommersbach)  
Vorlage: III/2003/03419**

---

Frau Oberbürgermeisterin Häußler führt in das Thema ein. Sie fragt nach Chancen zur Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle und dem Saalkreis, um im Sinne eines vernünftigen Angebotes für die Bevölkerung zu sinnvollen Kompromissen zu gelangen.

Herr Hildebrand berichtet, dass es bereits zwei Vorberatungen mit dem Saalkreis gegeben hat.

Herr Schmidt stellt der Diskussion voran, dass von den 13 vorhandenen Sekundarschulen im Saalkreis eventuell 7 zu halten sind. Er sieht keine Möglichkeit, der Stadt Halle zu helfen, denn die vorhandenen Saalkreis-Schüler reichen gerade zur Erhaltung der 7 Standorte.

Im Folgenden gehen Herr Hildebrand und Herr Schmidt auf die einzelnen Schulstandorte von Sekundarschulen im Stadtrandbereich ein. Dabei werden die Sachverhalte folgender Sekundarschulen im Einzelnen besprochen:

- **Reideburg/Dölbau/Gröbers;**
- **Frohe Zukunft/Oppin;**
- **Trotha/Gutenberg/Sennewitz;**
- **Dörlau/Lieskau;**
- **Radewell/Döllnitz.**

Im Ergebnis wird festgestellt, dass weder der Saalkreis Möglichkeiten sieht, Halle bei der Erhaltung von Schulstandorten für Sekundarschulen zu unterstützen, noch umgekehrt. Insbesondere wird keine Möglichkeit gesehen, eine Sekundarschule im halleschen Osten zu erhalten. Herr Professor Dr. Kiel betont, dass man sogar über die Veränderung von Einzugsbereichen nachgedacht habe. Es sei keine sinnvolle Lösung gefunden worden.

Frau Dr. Wünscher fragt, inwiefern die Schulentwicklungsplanung auf weitere Entwicklungen bei der Gebietsreform reagieren kann. Herr Schmidt und Herr Hildebrand entgegnet einvernehmlich, dass dies nicht möglich ist, da die Schulentwicklungsplanung laut gesetzlichen Fristen zum 31. Dezember 2003 auf den jetzigen gesetzlichen Grundlagen abgeschlossen sein muss. Herr Lehman stellt dazu fest, dass man also mit nochmaligen Schulreformen im Ergebnis der Gebietsreform rechnen müsse.

Frau Dr. Wünscher fragt nach der Berücksichtigung aktueller Geburtenprognosen. Herr Hildebrand und Herr Schmidt bestätigen, dass die Berechnungen zu den Schülerzahlen die neusten Prognosen zur Geburtenentwicklung berücksichtigen.

Im Folgenden stellen Herr Hildebrand, Herr Schmidt und Herr Professor Dr. Kiel die Situation an den Gymnasien im Stadtrandbereich dar. Danach kann das Neustadt-Gymnasium mit keinerlei Schülern aus dem Saalkreis rechnen. Die Gemeinden Teutschenthal, Angersdorf, Zscherben, Hohenweiden und Holleben haben die Kooperation aufgekündigt. Beim Frieden-Gymnasium scheiden Zuführungen aus dem Saalkreis aus, da keine akzeptablen Linienverkehre mit Holleben und Hohenweiden existieren.

Herr Schmidt betont, dass eine Zusammenarbeit des Saalkreises mit der Stadt Halle ausdrücklich in Bezug auf die Gesamtschulen gewünscht sei. Es wird einvernehmlich festgestellt, dass Halle im Rahmen seiner Kapazitäten Saalkreis-Schüler gegen Gastschulbeiträge aufnehmen wird.

Herr Lehmann fragt, ob überproportional viele junge Menschen aus Halle abgewandert seien. Hier soll beim Statistischen Landesamt nachgefragt werden.

Herr Koehn stellt fest, dass sowohl in die Schulen des Saalkreises als auch in die Schulen der Stadt Halle viel Geld fließt, jedoch für beide keine befriedigende Lösung gefunden werden kann. Dies sei Geldverschwendung. Frau Dr. Wünscher und Herr Lehmann überlegen, mit welchen Forderungen an die Landesregierung und den Landtag herangetreten werden kann, um die Gebietsreform zu befördern. Die Problematik könne anhand der Schulentwicklungsplanung konkret dargestellt werden. Frau Dr. Wünscher ergänzt, dass durch die bereits erlassenen Gesetze Tatsachen geschaffen werden, die eine sinnvolle Gebietsreform verhindern.

Es müsse eine öffentliche Diskussion angestrengt werden, um zu verhindern, dass Tatsachen geschaffen werden, die Neuordnungen zu vernünftigen Strukturen nicht mehr möglich machen.

Frau Häußler erinnert daran, dass die Landesregierung in Bezug auf Halle und den Saalkreis die Bildung eines Regionalkreises bevorzugt. Sie gibt zu bedenken, dass der Regionalkreis zu 75 % von Halle beherrscht werden würde und deshalb eine Zustimmung des Saalkreises zu diesem Modell nicht zu erwarten sei. Herr Biesecke informiert darüber, dass im Falle der Gemeinde Barleben, bei der eine 75%ige Verflechtung mit der Kernstadt festgestellt worden sei, die Bildung einer Einheitsgemeinde Richtung Altmark genehmigt worden sei.

Frau Dr. Wünscher erinnert an das Stuttgarter Modell als potentielle Lösungsmöglichkeit.

Frau Häußler informiert, dass Anfang November die erste Arbeitsgemeinschaft zum Regionalkreis stattfindet. Zur Vorbereitung soll versucht werden, eine Liste der Vor- und Nachteile zur Bildung des Regionalkreises aufzustellen. Insbesondere sollen Gebühren und Beiträge miteinander verglichen werden.

Zum weiteren Vorgehen wird vorgeschlagen, Herrn Regierungspräsidenten Leimbach in den Stadtrat einzuladen. Frau Häußler hält dies nicht für sinnvoll, da die Meinungsbildung in Sachen Gebietsreform auf Landesebene ganz offensichtlich abgeschlossen ist.

## **zu 5      Anfragen und Anregungen von Stadträten**

---

Anfragen und Anregungen von Stadträten werden nicht gegeben.

## **zu 6      Mitteilungen**

---

Es werden keine Mitteilungen gemacht.

Daraufhin wird der öffentliche Teil geschlossen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13

---

Dr. Ulrike Wünscher

---

Kerstin Ruhl-Herpertz